

Gas- und Strompreisbremse: Jetzt!

Die Lage der energieintensiven Chemie- und Pharmaindustrie in Deutschland ist so dramatisch wie nie zuvor. Immer mehr Unternehmen stehen angesichts der massiv steigenden Energiekosten mit dem Rücken zur Wand. Obwohl die Bundesregierung stets versicherte, die Folgen des schrecklichen Kriegs in der Ukraine und des daraus resultierenden Gasmangels so gut es geht abzumildern, stellen insbesondere die Mittelständler in unseren Reihen fest: Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht!

Umso erfreulicher nahmen sie die Vorschläge der Expertenkommission Gas und Wärme für eine Gas- und Strompreisbremse auf. Deren Empfehlungen sind gut – und sollten am besten 1:1 und vor allem kurzfristig umgesetzt werden. Die Zeit drängt. Das sehen auch Kanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck so. Dennoch droht das Vorhaben verschleppt oder verwässert zu werden – oder sogar ganz an den beihilferechtlichen Vorgaben der EU zu scheitern.

Die deutsche Chemie fordert deshalb, dass die Preisbremsen für Gas und Strom umgehend in geltendes Recht überführt werden. Angesichts der horrenden Energiekosten könnten sonst zentrale Industriestrukturen wegbrechen und Wertschöpfungsketten reißen – mit zum Teil unvorhersehbaren Folgen für die Versorgung mit dringend benötigten Produkten und Technologien.

Doch es geht noch um weit mehr: Nach wie vor setzt die deutsche Chemie alles auf die Transformation zur Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts. Auch sie gerät in Gefahr, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch weiter steigende Energiekosten riskiert wird.

Es geht um unser aller Zukunft!

Die Politik muss nun kurzfristig alles daransetzen, um den Industriestandort Deutschland und damit Millionen hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu sichern. Wer jetzt zögert, beraubt die Menschen um ihre Perspektive für eine gute Zukunft.

Wir tun das Unsrige, um die Folgen der Krise zu überwinden und den Pfad der Transformation weiterzugehen – sei es in unseren Unternehmen oder auch weit darüber hinaus. Dazu stehen wir derzeit im intensiven Austausch mit vielen, vielen Stakeholdern. Es geht um nicht weniger als um eine tragfähige Zukunftsperspektive für Deutschland.



Dr. Markus Steilemann
VCI-Präsident



Berlin muss Wort halten: Preisbremse 1:1 umsetzen

Die Entwicklung der Energiepreise ist dramatisch: Die Kosten für Gas sind massiv angestiegen und liegen in Europa gegenüber jenen in anderen Industrieländern wie Japan und USA nun um ein Vielfaches höher. Damit ist die hiesige Chemieproduktion akut bedroht. Erste Anlagen im Grundstoffbereich stehen bereits still. Insbesondere im Mittelstand steigt die Existenzangst.

Die Expertenkommission der Bundesregierung will mithilfe einer rasch wirksamen Gaspreisbremse Wertschöpfung, Innovation und Beschäftigung in Deutschland erhalten. Die Bundesregierung hat versichert, die Empfehlungen umzusetzen und deren Systematik auch beim Strom anzuwenden. Entsprechende Zusagen des Bundeskanzlers und des Wirtschaftsministers müssen gelten – auch in den Verhandlungen mit der EU-Kommission.

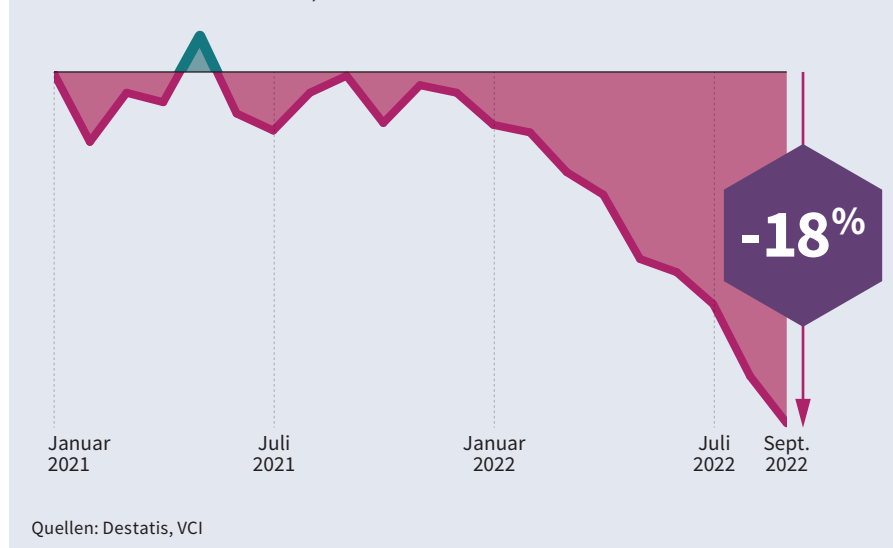
Industrieproduktion erhalten



Der Abschlussbericht der Expertenkommission könnte eine gute Grundlage für die nun dringend nötige Entlastung der Industrie und damit gegen das Wegbrechen industrieller Strukturen in

Deutschland bilden: Unternehmen sollen gemessen an ihrem Vorjahresverbrauch 70 Prozent des Gases für 7 Cent pro kWh

PRODUKTION DER DEUTSCHEN CHEMIEINDUSTRIE AUF TALFAHRT
INDEX: JANUAR 2021 = 100, SAISONBEREINIGT



beziehen. Diese Kontingentierung gibt einen wichtigen Impuls zum Energiesparen. Zudem können die Kosten auf einem gerade noch akzeptablen Niveau gehalten werden. Für Strom sind 13 Cent vorgesehen – was vielen stromintensiven Unternehmen nicht ansatzweise ermöglicht, wirtschaftlich zu produzieren.

Zügig mit der EU nachverhandeln

Leider kollidieren wesentliche Vorschläge für die Preisbremse mit den beihilferechtlichen Vorgaben aus dem Temporary Crisis Framework (TCF) der EU.



Die Bundesregierung muss nun ihr ganzes Verhandlungsgeschick gegenüber der EU-Kommission aufwenden, um sie dennoch umsetzen zu können. Wenn an entscheidenden Stellen nicht nachgebessert wird, wird die Gaspreisbremse bei großen Teilen der Industrie niemals ankommen:

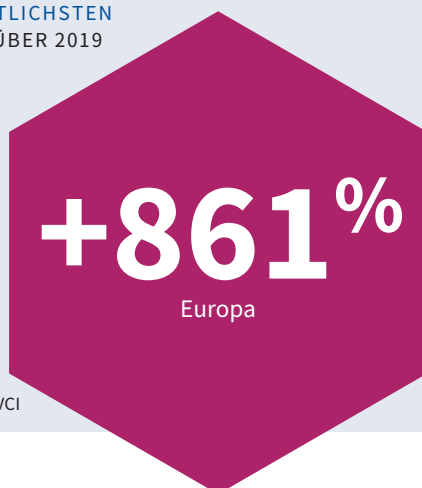
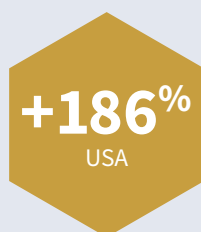
● Viel zu niedrige Fördergrenze

Großverbraucher in der Chemie erreichen die maximale Förderobergrenze in der EU von 150 Millionen Euro sehr schnell – zumal sie für Zuschüsse sowohl zum Strom- als auch zum Gaspreis gilt. Damit werden sie nur zu einem Bruchteil entlastet.

● Abschreckender Aufwand

Da die Teilnahme am Programm für eine Preisbremse aufwändige Prüfungen zur Erfüllung der TCF-Kriterien nach sich zieht, muss erheblicher bürokratischer Aufwand betrieben werden. Dies wollte die deutsche Expertenkommission im Sinne aller Beteiligten bewusst vermeiden.

EUROPA SPÜRT ENERGIEKRISE AM DEUTLICHSTEN
GASPREISENTWICKLUNG 2022* GEGENÜBER 2019



* Durchschnitt Jan. – Okt.; Quellen: Weltbank, EEX, VCI

● **Zwang zu kostspieligen Rückstellungen**

Laut TCF dürfen Unternehmen nur unterstützt werden, wenn das EBITDA um mindestens 40 Prozent sinkt. Da dies im Vorfeld nur geschätzt werden kann, ist die Unsicherheit erheblich: Die Unternehmen müssen mitunter Rückstellungen in Höhe der Zuwendungen bilden, um entsprechende Rückzahlungen bei Nichterfüllung des EBITDA-Kriteriums zu vermeiden. Damit kann die Bremse nicht wirken.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Expertenkommission der Bundesregierung ermöglicht das TCF keinen pauschalen Zielwert für die Gaspreise. In Gesprächen mit Unternehmen wird klar, dass die Hürden und Unsicherheiten im TCF abschrecken, mögliche Förderungen in Anspruch zu nehmen. Die Folgen dieses Dilemmas: ein Investitionsstopp in Europa, Produktionsverlagerungen insbesondere in die USA – und in letzter Konsequenz Betriebsschließungen. Diese Entwicklung wird auch sämtliche nachgelagerten Wertschöpfungsketten und damit die gesamte Wirtschaft massiv belasten. Es drohen nicht nur deutlich steigende Preise für alle, sondern zum Teil massive Versorgungsengpässe.

Dringender Handlungsbedarf



Die Bundesregierung muss jetzt prüfen, inwieweit sie die sehr engen TCF-Kriterien der EU tatsächlich umsetzen will beziehungsweise ob sie dazu in Nachverhandlungen geht.

Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie empfiehlt dringend, die Vorschläge der Expertenkommission 1:1 zu realisieren und sie nicht durch darüber hinausgehende Vorbedingungen ad absurdum zu führen. Es geht nicht allein um die Rettung einzelner Unternehmen vor Insolvenz, sondern um den Erhalt systemrelevanter Infrastruktur. Gerade die Besonderheiten der Chemie – wie die Produktion an Verbundstandorten – müssen berücksichtigt

Dramatische Folgen der Energiekrise

Bei besonders gasintensiven Prozessen steht die Produktion bereits still. Dadurch fehlen wichtige Vorprodukte in der Wertschöpfungskette. Das Problem weitet sich aus. Die Kapazitäten sind nicht ausgelastet, und kräftig steigende Produktionskosten können kaum noch an die Kunden weitergegeben werden. Die Erträge geraten zunehmend unter Druck.

● Auch zahlreiche Global Player aus der Chemie sind betroffen. Insgesamt war deren Umsatz im Jahresverlauf 2022 zwar stabil. Die Gewinne und Umsatzrenditen waren aber rückläufig. Weil das Deutschlandgeschäft im Durchschnitt nur zu einem Viertel in die Konzernbilanzen eingeht, sind Rückschlüsse auf die spezielle Situation hierzulande kaum möglich. Denn die Energiekrise trifft besonders Europa und belastet Deutschland. Ohne Preisbremse drohen unwiederbringliche Produktionsstilllegungen.



● Für Mittelständler mit Fokus auf Deutschland ist die Situation noch dramatischer. Durch die hohen Strom- und Gaspreise sind die Kosten stark gestiegen – nicht nur für Energie, sondern auch für Rohstoffe. Die zurückgehende Konjunktur erschwert oder verhindert gar die Weitergabe gestiegener Preise. Außerdem laufen immer mehr Altverträge für Strom und Gas mit relativ günstigen Konditionen aus und müssen durch teurere ersetzt werden. Damit geraten die Margen immer weiter unter Druck.



Für 2023 sieht es noch viel schwieriger aus: Weite Teile der deutschen Industrie und das Baugewerbe drosseln bereits ihre Produktion. Zudem wird sich die Versorgung bei Gas und Strom nicht verbessern. Die Energiepreise bleiben daher auf hohem Niveau.

Abschlussbericht der Expertenkommission Gas und Wärme

Die wesentlichen Empfehlungen lauten:

- Den Referenzzeitraum von Januar bis Dezember 2021 festzulegen.
- Den Gasverbrauch regulärer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in Gänze zu fördern.
- Besonderheiten von Chemieparks zu berücksichtigen und drohende Liquiditätsengpässe mit gezielten Überbrückungshilfen abzuwenden.
- Die Preisbremse für Unternehmen, die Gas am Großhandelsmarkt beschaffen, praktikabel umzusetzen.
- Besonders energieintensive Unternehmen, deren Überleben trotz Preisbremse gefährdet ist, über Härtefallregelungen zu entlasten.



werden. Letztverbraucher in Chemieparks dürfen gegenüber jenen an Einzelstandorten nicht benachteiligt werden.

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de, twitter.com/chemieverband
Redaktionsschluss 22. November 2022 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten